

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

NEUJAHRSANSPRACHE DES BUNDESPRÄSIDENTEN

## Es lebe die Schweiz!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger  
Das Wichtigste zuerst: Ich wünsche Ihnen für das neue Jahr von Herzen beste Gesundheit, alles erdenklich Gute und auch Glück. Ich hoffe, dass das Jahr 2013 all ihre Hoffnungen und Wünsche erfüllen wird und daneben noch zahlreiche freudige Überraschungen für Sie bereithält.

UELI MAURER  
BUNDESPRÄSIDENT SVP  
WERNETSHAUSEN

Wenn wir als Gemeinschaft Schweiz zurückschauen und Ausblick halten, dann haben wir Grund zur Dankbarkeit.

Unserem Land geht es gut in einer Zeit, da es vielen Ländern nicht weit von uns immer schlechter geht.

Besinnen wir uns daher auf unsere Herkunft, unsere Wurzeln. Ich habe soeben wieder einmal das Bundesbriefmuseum in Schwyz besucht. Die vielen historischen Zeugen der Geschichte unseres Landes haben mich einmal mehr tief beeindruckt. Ganz besonders unser Bundesbrief aus dem Jahr 1291.

Eine ehrwürdige Originalurkunde aus Pergament, 721 Jahre alt; sie stammt aus der Gründungszeit der Eidgenossenschaft.

### Einer für alle, alle für Einen

Die Kernaussage des Bundesbriefes ist zeitlos und hat unsere Gesellschaft geprägt. Zusammengefasst sagt er uns: Einer für alle, alle für Einen. Worte, die wir auch in der Kuppel des Bundeshauses finden. Oder ganz einfach ausgedrückt: Miteinander und füreinander. Das ist so etwas wie eine Erbschaft, ein Vermächtnis.

Nun wissen wir, was man mit einem Erbe machen kann. Man kann es pflegen und weitergeben, oder man kann es in kurzer Zeit verprassen. Wir müssen unseren Wurzeln und Werten auch in Zukunft Sorge tragen. Die Gemeinschaft Schweiz funktioniert nur dann, wenn wir uns alle immer wieder fragen, was wir für unser Land tun können. Jeder nach seinen Möglichkei-



ten und Kräften. Die Gemeinschaft Schweiz kann auf Dauer nicht funktionieren, wenn wir uns nur noch fragen, was der Staat für uns tun soll.

Miteinander und füreinander, das ist die Grundlage für Sicherheit und Wohlstand.

### Bewahren und weitergeben

Die Schweiz ist in den letzten Jahren immer wieder unter Druck gesetzt worden.

Wir brauchen darum Bürgerinnen und Bürger, die zusammenstehen und sich für unser Land einsetzen. Wir werden auch in den nächsten Monaten

von verschiedenen Seiten kritisiert werden. Nicht, weil wir etwas schlecht gemacht, sondern weil wir vieles besser gemacht haben. Wir dürfen stolz sein auf das, was wir erreicht haben. Behalten wir die Botschaft unseres Bundesbriefes in Erinnerung und gehen wir mit Selbstvertrauen in die Zukunft.

Bewahren wir miteinander unser kostbares Erbe und geben es der nächsten Generation weiter.

Ich wünsche Ihnen ein glückliches neues Jahr – es lebe die Schweiz!

## EINLADUNG

zur ordentlichen Delegiertenversammlung  
vom **Dienstag, 15. Januar 2013, 20.00 Uhr**  
Altrüti, Gossau ZH

### Vorprogramm (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)

- Musikalischer Auftakt durch Buuremusig Gossau (Leitung Roger Kauer)
- Begrüssung durch Bezirksparteipräsident Martin Suter (SVP, Rüti)

### Traktanden

- Begrüssung / Standortbestimmung  
NR Alfred Heer
- Volksabstimmung vom 3. März 2013
  - Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik  
Information: NR Jürg Stahl (SVP, Brütten)
  - Eidg. Volksinitiative «gegen die Abzockerei» – Parolenfassung  
Pro: SR Thomas Minder (parteilos, Schaffhausen)  
Contra: NR Gregor Rutz (SVP, Küsnacht)
  - Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung  
Information: KR Martin Arnold (SVP, Oberrieden)
  - Beschluss des Kantonsrates über die Behandlung der Einmaleinlage und der Arbeitgeber-Beiträge zur Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal beim mittelfristigen Ausgleich  
Information: KR Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)
  - Mittelschulgesetz (Änderung: Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen) – Parolenfassung  
Pro: KR Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)  
Contra: KR Margreth Rinderknecht (SVP, Wallisellen)
  - A. Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule  
B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten  
Information: KR Rochus Burtscher (SVP, Dietikon)
  - Steuergesetz (Änderung vom 2. April 2012; Steuersätze der Grundstückgewinnsteuer)  
Information: KR Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon)
- Verschiedenes:
  - Beschlussfassung kant. Volksinitiative «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylbewerber ...»  
KR Barbara Steinemann (SVP, Watt)

## Fotovoltaik



### Jetzt Offerte einholen

- günstiger dank Grosseinkauf über den Maschinenring
- Kostenlose Beratung
- Montage und Unterhalt vom Maschinenring

**Maschinenring**  
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5  
8630 Rüti, T: 055 251 41 41  
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

## Aeberhardt Illnau:

### Kies vom Feinsten!

**Kies – Sand  
Splitt – Schotter**

**Günstig franko  
Baustelle**

ph.aeberhardt@bluewin.ch  
Tel. 079 673 03 41

Präsentieren Sie Ihre Werbung bei der Leserschaft von «Der Zürcher Bote» im besten Licht.

**Also hier!**

print-ad kretz gmbh  
Tramstrasse 11  
8708 Männedorf  
Telefon 044 924 20 70  
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

IHR PARTNER  
FÜR GUTE  
MALERARBEITEN

Ernst Rösli • Zollikerberg  
Telefon 044 391 70 88  
Mobile 079 217 99 09  
roesli@swissonline.ch



Hans Egloff, Nationalrat SVP, Präsident HEV Schweiz, Aesch:

«Die RPG-Revision schreckt selbst vor massiven Eingriffen ins Privateigentum nicht zurück. Darum sage ich aus Überzeugung Nein.»

Am 3. März  
RPG-Revision  
**NEIN**

## Schamlose staatliche Bankenplünderung



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Ein ganz grosser Fall für die ganz grosse Presse: Beim «Oltenner» Tagblatt greift kein Geringerer als Chefredaktor Beat Nützi persönlich gegen die UBS in die Tasten: «Gewinn über Gesetz, Gier über Anstand und Arroganz über Kompetenz.» Ein ganz grosser Fall für die ganz grosse Politik: Eveline Widmer-Schlumpf äusserte sich «enrüstet» über die UBS und deren Gier und mangelnden Anstand. Stellte sie doch selber bei ihrem Abwahlputsch gegen Christoph Blocher den Anstand weit über die Gier.

Tatsächlich ist das meiste, was wir gegenwärtig über den Libor (London Interbank Offered Rate) vernehmen, ziemlicher Schrott. Es handelt sich beim Libor um einen von einigen Banken täglich festgelegten Zinssatz, zu dem Banken von andern Banken Geld aufnehmen können. Selbstverständlich sind diese Angebotszinsen Grundlage mancher Geschäfte auf dem Finanzmarkt. Selbstverständlich steuern auch die Zentralbanken ihre Geldpolitik mit dem Zinssatz von Libor.

Zinsen ändern im Minutentakt. Die Bedeutung des Libor wird massiv überschätzt, denn der Libor bildet nicht den realen Markt ab. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, zwischen 2008 und 2011, diente der Libor nur fürs Schaufenster. Kaum eine Bank konnte einer andern Geld leihen. Die CS gab der UBS nichts. Und umgekehrt. Obwohl der Libor-Zinssatz damals unrealistisch tief lag. Warum? Weil Zentralbanken wie die amerikanische Fed, die Bank of England, die Bank of Japan und sicher auch die Schweizerische Nationalbank massiven Druck auf den Libor ausübten. Wäre der Libor-Zinssatz nicht künstlich tief gehalten worden, hätte dies das globale Finanzsystem zusätzlich destabilisiert.

Die Enrüstung über Libor-Manipulationen ist heuchlerisch. Ich wage die Behauptung, dass die UBS unter dem Strich am Libor nichts verdient hat. Wo Libor-Manipulationen allenfalls Buchgewinne erbrachten, wurden diese etwa bei den Hypothekenabteilungen wieder verloren. Mit ihrem Milliarden-Bussenregime geht es den Staaten nun darum, ihre leeren Kassen zu füllen. Wenn jemand Anspruch auf Entschädigung wegen allfälliger Libor-Verluste hätte, wären es die Bankkunden. Jetzt greifen aber ausschliesslich die unersättlichen Verwaltungsbükratien zu – eine unsägliche staatliche Plünderung von privaten Unternehmen. Selbstverständlich mit Anstand und ohne jede Gier.

## WECKRUF FÜR BUNDESRÄTIN SOMMARUGA

### SVP reicht Durchsetzungsinitiative in Rekordzeit ein

Nach einer Sammelzeit von nur fünf Monaten hat die SVP die Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative) mit 154 982 Unterschriften eingereicht. Die Durchsetzungsinitiative verlangt dank einer im Detail ausformulierten Verfassungsbestimmung die direkt anwendbare, verfassungskonforme Durchsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsinitiative. Die zuständige Bundesrätin Sommaruga verschleppt die Umsetzung des Verfassungsauftrags nun bereits seit über zwei Jahren! Mit der Durchsetzungsinitiative hat das Volk die Zügel wieder in der Hand und kann den untätigen Bundesrat zwingen, den Volkswillen zu respektieren. Es braucht nun endlich griffige Massnahmen gegen kriminelle Ausländer.

SVP. Die Ausländerkriminalität ist weiterhin ein riesiges Problem. Die Zahl von Raubüberfällen und Einbrüchen nimmt in verschiedenen Kantonen sprunghaft zu. Die Versicherer verzeichneten in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 eine rund 25-prozentige Zunahme von Einbruchsdiebstählen. Dabei liegt der Ausländeranteil bei den Straftätern mit Verstössen gegen das Strafgesetzbuch im Jahr 2011 bei über 50 Prozent. Im Kanton Basel-Stadt lag der Anteil bei den Beschuldigten 2011 sogar bei 61 Prozent. Kriminelle Asylbewerber und ausländische Banden führen zu einer immer grösseren Verunsicherung in der Bevölkerung. Die mit dem schlechten Schengenabkommen eingehandelten offenen Grenzen laden kriminelle Ausländer geradezu ein, sich in der Schweiz hemmungslos zu bedienen. Immer mehr Bürgerinnen

und Bürger haben die Nase voll von den unhaltbaren Zuständen. Ein unzulängliches Strafrecht und milde Richter haben zur Folge, dass der Polizei häufig die Hände gebunden sind. Derweil bleibt die zuständige Bundesrätin untätig und verharrt in einer bedenkliehen Auftrags-Verweigerungshaltung. Damit gefährdet sie die Sicherheit der Bevölkerung.

Am 28. November 2010 haben Volk und Stände die Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer angenommen. Über zwei Jahre später liegt noch nicht einmal die Botschaft ans Parlament zur Umsetzung der Initiative vor. Ausschaffungen werden weiterhin auch bei schweren Verbrechen kaum je verfügt, obwohl der Verfassungsauftrag dazu besteht.

Dies ist ein unhaltbarer Zustand und eine massive Missachtung des Volkswillens.

#### Durchsetzungsinitiative gibt dem Volk das Heft wieder in die Hand

Die Durchsetzungsinitiative gibt nun der Bevölkerung das Heft wieder in die Hand. Bleibt der Bundesrat untätig oder weigert er sich weiterhin, den von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsartikel in der Bundesverfassung korrekt umzusetzen, können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit der direkt anwendbaren Durchsetzungsinitiative die Ausschaffung krimineller Ausländer erzwingen. Die Durchsetzungsinitiative führt zur automatischen Ausschaffung krimineller Ausländer in ihre Heimatländer bei klar definierten Delikten gemäss Strafgesetzbuch:

1. Eine Ausschaffung der Täter ist bei schweren Delikten (wie z. B. Mord, Raub, Vergewaltigung usw.) zu vollziehen, unabhängig davon, ob ein Täter vorbestraft war oder nicht.

2. Eine Ausschaffung ist zudem vorgesehen bei notorischen, d. h. nicht belehrbaren Tätern, die wiederholt straffällig werden bei Delikten, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen (z. B. Bedrohung von Behörden, Raufhandel, einfache Körperverletzung usw.).

Mit der erfolgreichen Sammlung der Durchsetzungsinitiative in kürzester Zeit hat die SVP erneut den Tatbeweis erbracht, dass sie alle politischen Möglichkeiten nutzen wird, um konsequent gegen kriminelle Ausländer vorzugehen. Die SVP kämpft für mehr Sicherheit für alle. Bei der heutigen Einreichung der Durchsetzungsinitiative hatte Parteipräsident Toni Brunner neben den Unterschriften einen grossen Wecker mit dabei. Es ist ein klares Zeichen: «Bundesrätin Sommaruga, wachen Sie endlich auf!»

## STEUERUNG DER ZUWANDERUNG UNABDINGBAR

### Beunruhigende Entwicklung der Arbeitslosenzahlen erfordert Gegenmassnahmen

Die Arbeitslosenquote ist Ende des vergangenen Jahres auf 3,3 Prozent gestiegen, bei den Ausländerinnen und Ausländern gar auf 6,5 Prozent. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Jahr trotz zusätzlicher Stellen angewachsen. Diese Entwicklung in einer Zeit ohne konjunkturellen Einbruch ist beunruhigend. Für die SVP ist klar, dass nun entschieden Gegensteuer gegeben werden muss. Die laufende Verschlechterung der Rahmenbedingungen, welche Bundesrat und Parlament in den vergangenen Monaten eingeleitet haben, ist zu stoppen. Vielmehr ist die Konkurrenzfähigkeit des Arbeitsplatzes zu verbessern. Zudem sind rasch Massnahmen erforderlich, welche die Zuwanderung begrenzen.

SVP. Die Effekte der Personenfreizügigkeit auf den schweizerischen Arbeitsmarkt werden immer offensichtlicher. Ausländer aus EU-Staaten verdrängen Arbeitnehmer aus Drittstaaten oder aus anderen EU-Ländern. Zuwanderer aus den neuen EU-Staaten wandern teilweise direkt in die Arbeitslosigkeit ein. So liegt die Arbeitslosenquote bei den Staaten aus der jüngsten EU-Erweiterung (Rumänien, Bulgarien) bei 10,2 Prozent. Die Verdrängungseffekte sind gut sichtbar bei den Ländern aus dem Westbalkan (Arbeitslosenquote von 7,9%) oder aus Portugal (9,4%) sowie bei den übrigen Drittstaaten (8,2%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Zahlen nur einen Teil des Problems darstellen. Die international vergleichbaren Zahlen im Bereich der Erwerbslosenquote, welche auch Ausgesteuerte und weitere Kategorien umfasst, liegen noch deutlich höher.

#### Falsche Rezepte

Fatal ist in diesem Zusammenhang, dass die Politik in den vergangenen Monaten genau das Falsche getan hat, um dieser Entwicklung entgegenzutreten. Gefangen in der Personenfreizügigkeitsfalle, werden die Vorteile des bisher flexiblen Arbeitsmarktes Schritt für Schritt aufgegeben.

Immer neue Regulierungen und Kontrollbürokratie bis hin zur Einführung einer Solidarhaftung im Baugewerbe verschlechtern die Rahmenbedingungen. Die Erpressungen der Gewerkschaften gehen derweil weiter. Bereits werden Mindestlöhne gefordert. Ein Schritt, der zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und Tausenden von Arbeitslosen in der Schweiz führen würde. Ebenso blockieren Bundesrat und Parlament dringend notwendige Reformen im Bereich der Sozialwerke. Die Sanierung der Invalidenversicherung verkommt

zur Farce. Massnahmen im Bereich von AHV und Pensionskassen werden vom zuständigen Bundesrat auf die lange Bank geschoben. Gleichzeitig wird mit neuen gewerkschaftlichen Forderungen im Bereich der Altersvorsorge Stimmung gemacht und mit neuen Verfassungsartikeln im Bereich der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik ein verantwortungsloser Sozialausbau betrieben, der zu einer massiven Belastung des Arbeitsplatzes führen wird.

Hinzu kommen falsche Weichenstellungen in der Energie- und Verkehrspolitik.

#### Zuwanderung steuern

Trotz zunehmender Arbeitslosigkeit bleibt die Zuwanderung hoch. Der Bedarf nach einer Begrenzung wird immer offensichtlicher und dringlicher. Doch es fehlen die Instrumente. Diese müssen nun endlich wieder eingeführt werden. Die SVP-Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zeigt hier den Weg auf. Verweigern Bundesrat und Parlament eine Problemlösung, muss das Volk handeln.

Denn eines hat sich nun gezeigt: Steuert man die Zuwanderung nicht, müssen die daraus resultierenden negativen Folgen mit bürokratischen Regulierungen begrenzt werden. Dies schadet dem gesamten Arbeitsplatz und kostet über kurz oder lang Arbeitsplätze. Das darf keine ernsthafte Option sein.

Die SVP fordert nun mit Nachdruck Instrumente zur Steuerung der Zuwanderung sowie einen Stopp der Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Arbeitsplatz Schweiz. Vielmehr müssen diese gezielt verbessert werden.

Die SVP hat diesbezüglich bereits 2011 ein Revitalisierungsprogramm zugunsten von Wirtschaft und Bürgern gefordert.

#### Grosser Beitrag der Zürcher SVP zur erfolgreichen Unterschriftensammlung

Dank zahlreicher Helferinnen und Helfern und den vielen engagierten Mitgliedern in den Sektionen konnte die SVP des Kantons Zürich rund 35 000 Unterschriften für die erfolgreiche Unterschriftensammlung zur Einreichung der Durchsetzungsinitiative beisteuern. Die SVP des Kantons Zürich dankt für die grossartige Leistung ihrer Mitglieder und Sympathisanten.

#### INTERVIEW MIT NATIONALRAT HANS FEHR IM «TAGES-ANZEIGER»

### «Eine weitere Zuwanderung ist nicht mehr zumutbar»

In einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» sagte SVP-Nationalrat Hans Fehr unter anderem, dass die Schweiz ihre Zuwanderung endlich eigenständig steuern müsse.



Spielt die SVP mit der Zuwanderungsinitiative nicht ein bisschen mit dem Feuer? Die Kündigung der Personenfreizügigkeit hätte wohl zur Folge, dass die EU ihrerseits die Verträge aus den Bilateralen I kündigen würde.

Das sind die üblichen Drohungen, bei denen unsere Regierung immer wieder einknickt. Wenn man – wie im Fall der Personenfreizügigkeit – nach einigen Jahren feststellen muss, dass die enorme Zuwanderung für die Schweiz nicht mehr verkraftbar ist, dann muss man doch alles daran setzen, um bessere Bedingungen auszuhandeln. Wir müssen gegenüber Brüssel klarmachen: Die Personenfreizügigkeit ist für die kleine, aber (noch) sehr attraktive Schweiz untragbar geworden. Die beängstigende Kriminalität, der Lohndruck, die gefährdeten Sozialwerke, die völlig überlasteten Züge und Autobahnen, der Mangel an zahlbaren Wohnungen, die Zersiedelung, die explodierenden Bodenpreise, der gewaltige Energiebedarf: all das sind zum grossen Teil die Folgen der unkontrollierten Zuwanderung. Und da müssen wir eingreifen.

... und dabei in Kauf nehmen, dass die EU kündigt, alle anderen Verträge der Bilateralen I aufkündigt?

Wiederum eine leere Drohung, die in Bundesbern herumgeboten wird, weil man kein Rückgrat hat. Die EU wird beispielsweise das Landverkehrsabkommen niemals kündigen, sie würde sich sonst ins eigene Fleisch schneiden. Die EU-Länder viel zu stark angewiesen auf den Gütertransit durch die Schweiz. Zudem bauen wir für die EU die bald fertiggestellte NEAT, die schlussendlich rund 30 Milliarden Franken kosten wird! Wir müssen aber die Personenfreizügigkeit gar nicht unbedingt kündigen. Aber wir müssen bessere Bedingungen aushandeln. Wir müssen die Zuwanderung wieder eigenständig steuern können. Das geht weder

über die «Pfisterschen» noch andere fadenscheinige Rezepte, sondern nur über die Zuwanderungsinitiative, also mit Kontingenten und Höchstzahlen und klaren Bedingungen, welche die Zuwanderer erfüllen müssen. Wirtschaftlich erfolgreiche Länder wie Australien, Kanada, Japan (und andere fernöstliche Staaten) kennen keine Personenfreizügigkeit.

Wieso sollte die EU der Schweiz spezielle Bedingungen gewähren, welche sie ihren eigenen Mitgliedern nicht gewährt? Die EU-Länder sind ja genauso von Zuwanderung betroffen.

Auch die EU ist an guten wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz interessiert. Rund eine Million EU-Bürger finden in der Schweiz Arbeit. Wir importieren jährlich für rund 20 Milliarden Franken mehr Güter aus der EU, als wir in die EU exportieren. Im Übrigen halten sich selbst EU-Länder wie Grossbritannien, Spanien oder Italien kaum an die Personenfreizügigkeit. Aussenpolitik ist Interessenpolitik!

Aber wir wollen am Wirtschaftsmarkt der EU teilnehmen.

Die Teilnahme am EU-Wirtschaftsmarkt hat mit der Personenfreizügigkeit nichts zu tun. Die wichtigen Wachstumsmärkte liegen ohnehin im asiatischen Raum und in Südamerika. Die Welt hört nicht in Brüssel auf.

Gerhard Pfister sagt, dass die SVP im Grund genommen auf einen Gegenvorschlag hofft.

Vom Prinzip Hoffnung halte ich im politischen Bereich wenig bis nichts. Ich zweifle, ob ein tauglicher Gegenvorschlag zu unserer Initiative überhaupt möglich ist. Die Pfistersche Version ist eine Alibi- und Profilierungsübung. Nur unsere Initiative «gegen Masseneinwanderung» sorgt dafür, dass wir die Zuwanderung wieder steuern können.

Auszug aus «Tages-Anzeiger»-Interview vom 28. Dezember 2012

## ÜBERLEGUNGEN ZUM AUSLANDSGESCHÄFT DER KANTONALZÜRCHERISCHEN REGIEBETRIEBE

### Zürcher Regiebetriebe: mit der Milchkuh zur Schlachtbank?

Ein begründeter latenter Vertrauensverlust der Bürger in Politik und (Finanz-) Wirtschaft ist auch im Kanton Zürich virulent. Umso wichtiger ist eine grundsätzliche und umsichtige Führung der kantonalzürcherischen Regiebetriebe, allen voran der Zürcher Kantonalbank (ZKB), der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) sowie der AXPO (an welcher der Kanton Zürich eine massgebliche Beteiligung hält). Von risikoreichen Investitionen und Abendteuern im Ausland ist abzusehen.



HANS-P. AMREIN  
KANTONSRAT SVP  
KÜSSNACHT

Leider zielt die Strategie der diese Betriebe leitenden- und den Bürgern und Steuerzahlern dienenden Angestellten und Verwaltungsräte derzeit genau in die entgegengesetzte Richtung.

Dass eine solche Strategie eher früher als später zu negativen Geschäftsergebnissen und massiven Kapitalverlusten führen dürfte, für welche die Steuerzahler geradestehen, ist voraussehbar.

In der Schweiz haben in der Vergangenheit – wenn überhaupt – nur wenige Staatsbetriebe innerhalb eines staatlich regulierten und geschützten Umfeldes (Energie und Transport) über einen längeren Zeitraum mehr oder weniger nachhaltig gewirtschaftet. Im Ausland dagegen haben fast alle früher oder später Schiffbruch erlitten. Analogien finden sich bei den Schweizerischen Grossbanken und ihren Auslandabenteuern in den Vereinigten Staaten und im internationalen Investment-Banking.

#### ZKB: «Schuster, bleib bei deinen Leisten»

Die im Besitz des Kantons Zürich (100% Staatsgarantie) befindliche und sich als Universalbank positionierende ZKB hat heute eine Grösse erreicht (2011: Bilanzsumme 134 Milliarden Franken; Ausleihungen 74 Milliarden, Hypothekarforderungen 65 Milliarden; 5000 Mitarbeiter, 102 Geschäftsstellen), welche die geltenden Kontrollmechanismen des Zürcher Kantonsrates strapaziert und für Kanton und Steuerzahler, insbesondere durch das Investment-Banking und das überproportionale Hypothekengeschäft, ein grosses Klumpenrisiko darstellt. Geht eine Staatsbank (mit stolzem AAA-Rating) eines überaus vermögenden Kleinstaates, respektive des grössten Kantons und Wirtschaftsmotors dieses Staates, im Ausland Engagements ein, so werden Staat und Bank(en) unweigerlich erpressbar. In einem Umfeld, in welchem zurzeit mehrere europäische Staaten, innerhalb deren Hoheitsgebiet unsere Staatsbank tätig ist oder war, einer andauernden und gravierenden Wirtschaftskrise ausgesetzt sind, werden diese Staaten mit allen Mitteln versu-

chen, die eigenen Staatskassen aufzudotieren und den eigenen Finanzplatz und dessen Arbeitsplätze zu verteidigen. Dies hat die ZKB derzeit auch aufgrund in der Vergangenheit getätigter unerlaubter akquisitorischer Handlungen in den Vereinigten Staaten von Amerika zu gewärtigen. Eine Busse und Kosten in zwei- oder sogar dreistelligem Millionenbetrag erscheinen unausweichlich. Spätestens anlässlich der Rechnungslegung 2012 muss die Leitung der Bank Farbe bekennen und die entsprechenden Rückstellungen offenlegen. Sie muss dann auch explizit darlegen, ob noch weitere «Überraschungen» mit Bezug auf nicht autorisierte Handlungen im In- oder Ausland zu erwarten sind. Weitere (erpresserische) Forderungen aus dem EU-Raum und von Seiten multinationaler Organisationen sind nicht auszuschliessen. Nachdem die ZKB im vergangene Jahr mutmasslich eine grosse Menge von Kundendaten an die USA geliefert hat, was einem Verstoß gegen das in unserem Lande geltende Bankgeheimnis gleichkäme, sind zusätzlich langwierige und kostspielige Rechtshändel nicht auszuschliessen. Das Engagement in Österreich (Zürcher Kantonalbank Österreich, vormals Privatinvest Bank AG/PIAG, Salzburg und Wien) ist vor dem Hintergrund des veränderten Privatkundengeschäftes und der fehlenden Kompetenz im österreichischen und europäischen Firmenkundengeschäft als fragwürdig zu qualifizieren, auch im Wissen, dass in Österreich keine schweizerische Bank (auch nicht die Grossbanken) in der Vergangenheit über einen längeren Zeitraum hinweg profitabel gearbeitet hat. Nicht wenige Zürcher Gemeinden haben sich in den vergangenen Jahren auf die regelmässig eintreffenden jährlichen Zahlungen der ZKB verlassen, und diese Zahlungen stellten in vielen Gemeindebudgets einen integrierten Bestandteil dar. Für das Geschäftsjahr 2011 hat die ZKB insgesamt 377 Millionen Franken an Gemeinden und Kanton ausgeschüttet. Wird die Staatsbank diese Zahlungen auch in den nächsten Jahren problemlos leisten können oder gebieten exogene Faktoren in absehbarer Zukunft deren Einstellung? Und kommt es aufgrund solcher Faktoren, wie aktuell vom Bankrat dem Kantonsrat beantragt, oder in Zukunft aufgrund eines Worst-Case-Szenarios, bei der ZKB zu einem Kapitaleinschussbedarf, muss Frage aufgeworfen werden, ob die jahrelang

«gefütterten» Gemeinden nicht auch in die (Einschuss-) Pflicht genommen werden oder ob Kanton und Steuerzahler alleine für die Erhöhung des Dotationskapitals gerade stehen müssen.

#### EKZ: Transparenz und Abkehr von Abenteuern

Mit der Aufgabe der Eltop-Läden – nach einem noch in den Vorjahren durchgeführten, teuren Umbauprogramm – hat dieses Staatsunternehmen im letzten Geschäftsjahr einen grösseren, einstelligen Millionenbetrag in den Sand gesetzt. Auch dieser Regiebetrieb investiert im Ausland. Neben der Mehrheitsbeteiligung an einem Windpark in Frankreich (Ternois Sud), einer Minderheitsbeteiligung an einem solarthermischen Kraftwerk in Spanien (Puerto Errado 2), verfolgt die EKZ, via die Beteiligungsgesellschaft Terravent AG, im Verbund mit vier weiteren schweizerischen Energieversorgern, weitere Investitionen im Ausland. Über die Kooperation HelveticWind sind weitere Interessen gebündelt. Die Auslandsengagements der EKZ werden über eine schweizerische Beteiligungsgesellschaft und 100%ige Tochtergesellschaft, die EKZ Renewables AG, gesteuert. Wie der Name es schon sagt, handelt es sich hier vor allem um ideologisch bedingte Investitionen, welche nicht (nur) betriebswirtschaftlichen Grundsätzen der Investitionspolitik unterworfen werden. Die rund 400 Millionen Franken, welche die EKZ gemäss ihrer Strategie in den nächsten Jahren in erneuerbare Energien investieren wollen, sind auch deshalb zu hinterfragen.

Der kürzlich von der EKZ Renewables AG übernommene Windpark Neu Kosenow II im deutschen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist in diesem Zusammenhang genauer unter die Lupe zu nehmen. Es ist vor dem Hintergrund des von der Politik verordneten Ausstieges aus der Kernenergie nicht nachvollziehbar, wieso in unserem nördlichen Nachbarland kein öffentlich-rechtliches oder privates Unternehmen diesen Windpark gekauft hat, Gespräche die Investition ein gutes Geschäft zu werden. Das über den Kaufpreis mit den Verkäufern vereinbarte «Stillschweigen» macht das Ganze noch etwas obskurer.

#### AXPO: abgeklärte Strategie oder unvermeidliche Abschreiber?

Der Kanton Zürich und die EKZ halten gemeinsam 36,752 Prozent an der Axpo Holding AG, welche wiederum, via Axpo Trading, 21,4 Prozent am in Italien aktiv investierenden bündnerischen Stromversorger Repower hält. Der Kanton Zürich ist im Axpo-Verwaltungsrat durch zwei Regierungsräte (Bau- und Justizdirektoren) vertreten.

Mit der Umfirmierung der EGL in die Axpo Handel & Vertrieb im Oktober 2012 wurde auch der substanzielle und nicht risikolose Derivatehandel der EGL übernommen und das Derivate- und Handels-Geschäft personell re-dimensioniert und strukturell neu aufgebaut. Die Unternehmens-Kommunikation über die eingegangenen Kontrakt-Volumina und Risiken muss als dürftig bezeichnet werden und lässt Fragen zu Risiko und Abschreibungsbedarf offen.

Mit ihrer Anfrage KR 319/2012 «Steuergelder für die ehrenwerte Gesellschaft und eine CO<sub>2</sub>-Schleuder» stellen der Verfasser dieses Aufsatzes und Frau KR Gabi Petri (Grüne) die geplante Investition von rund 1,5 Milliarden Franken der Repower, und somit auch indirekt der Axpo, an einem Kohlekraftwerk in Kalabrien in Frage. Eine Antwort des Regierungsrates steht noch aus. In diesem Zusammenhang ist zu vermerken, dass die Axpo

mit Rechnung 2012 rund 65 Millionen Franken auf der aus dem italienischen EGL-Investitionsportefeuille zur Axpo transferierten Beteiligung an einem Gas-Kombikraftwerk in Ferrara/Italien abgeschlossen hat. Begründung: «Überkapazitäten»! Es ist zu hoffen, dass sich die Italien-Aktivitäten der Axpo und der ehemaligen EGL nicht auch – wie im Falle weiterer schweizerischer Unternehmen (Beispiel Swisscom und Milliardenabschreiber 2011 an deren Tochter Fastweb s.p.a.) – zu einer Büchse der Pandora entwickeln. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang auch die offensichtliche Sorg- und Tatenlosigkeit der Axpo-Verantwortlichen betreffend des durch Repower (21,4% Axpo-Beteiligung) geplanten Kraftwerksbaus in Südtalien und mit Bezug auf die weiteren Auslandsinvestitionen dieser Gruppe zu titulieren.

Das Filetstück der Expansions-Pläne und künftigen Auslandsinvestitionen der Axpo betrifft deren Erdgasgeschäft und die mit zwei Partnerfirmen (Statoil und Eon) geplante Pipeline (Trans-Adriatic Pipeline, TAP), welche Gasfelder in Aserbeidschan mit Europa verbinden sollen.

Das Konsortium firmiert gleichnamig mit Sitz in Baar. Die Pipeline soll von Shah Deniz, ein paar Hundert Kilometer südlich von Baku, in Aserbaidschan, quer durch den so friedlichen Kaukasus, die Türkei, Bulgarien und Albanien, durch das Mittelmeer (Strasse von Otranto) nach Italien führen. Am Projekt ist die Axpo mit 42,5 Prozent beteiligt. Sie will dieses Engagement bei erfolgreichem Zuschlag aber auf eine gemäss CEO Heinz Karrer «überblickbare Beteiligung» reduzieren. Erhalten Axpo, Statoil und Eon den Zuschlag, so darf – zumindest kurzfristig – Bingo jubiliert werden. Kommt das Konkurrenzkonsortium Nabucco (mit österreichischen-, ungarischen-, rumänischen- und bulgarischen Konsorten) zum Zug, so ist ein Abschreiber in einem hohen zweistelligen Millionenbetrag (CEO Karrer) zu gewärtigen.

#### Fazit

Alle drei zürcherischen Regieunternehmen sind in den vergangenen Jahren grosse und teilweise unnötige oder unsinnige Risiken eingegangen. Die Aufsichtsorgane sind gefordert: die verfolgen Strategien mit hohen Risiken sind zu hinterfragen.

Was die ZKB, die zur Zeit heikelste Risikoposition im Beteiligungs-Portefeuille des Kantons betrifft, sind die Aufsichtsorgane und allen voran der Zürcher Kantonsrat, via seine beiden Aufsichts-Kommissionen AWU (Aufsichts-Kommission über die wirtschaftlichen Unternehmungen des Kantons Zürich) und die FIKO (Finanzkommission des Zürcher Kantonsrates), in der Pflicht.

Ob die Einsetzung einer PUK (Parlamentarischen Untersuchungskommission) ZKB nötig wird, müssen diese beiden Kommissionen und ihre Mitglieder in den nächsten Wochen und Monaten ergründen. Nicht minder dringlich ist eine rigide Risikoanalyse der (neuen) Tochterfirmen aller Regiebetriebe, ob in den Unternehmensrechnungen konsolidiert oder nicht spielt keine Rolle.

Die Debatte über die Formierung einer speziellen kantonsrätlichen Kommission, welche sich ausschliesslich mit der Risikoanalyse und daraus folgernd mit der (nötigen) Neudefinition der Aussichts-funktionen und der Neuformulierung des Auftrages an die verschiedenen Aufsichtsorgane beschäftigt, muss geführt werden! Dabei darf auch eine (Teil-) Privatisierung und die Abschaffung der gemäss Ansicht des Schreibenden nicht mehr zeitgemässen Staatsgarantie der ZKB kein Tabuthema mehr bleiben.

### Gegen einen weiteren Expansionskurs der ZKB

Die SVP des Kantons Zürich fordert von der Zürcher Kantonalbank, dass sie sich auf den einheimischen Wirtschaftsraum beschränkt und sich in keine Auslandsabenteuer stürzt. Die von der ZKB heute vorgeschlagene Erhöhung des Dotationskapitals um 2 Milliarden Franken werden die SVP und die Kantonsratsfraktion genau prüfen.

SVP. Die Zürcher Kantonalbank ist eine Bank für den Kanton Zürich und keine ausländische. Die SVP hatte deshalb bereits Ende Dezember 2012 in einer Mitteilung gefordert, dass sich die ZKB von der 2010 erworbenen österreichischen Privatinvest Bank AG (PIAG) zurückziehen hat. Die ZKB-Tochter geriet mehrmals in die Schlagzeilen wegen Geldwäscherei und verspielter Kundengelder. Geht eine Staatsbank (mit stolzem AAA-Rating) des grössten Kantons und Wirtschaftsmotors dieses Landes im Ausland Engagements ein, so

werden Staat und Bank unweigerlich erpressbar.

Die ZKB hat sich auf Ihren Kernauftrag zu beschränken. Sie muss nicht alle Trends und Machenschaften mitmachen oder nachahmen. Eine Beschränkung auf das Wesentliche ist geboten. Die Bank hat den öffentlichen Auftrag, mit einer auf Kontinuität ausgerichteten Geschäftspolitik eine verlässliche Partnerin für die Zürcher Bevölkerung, das Gewerbe und ihre Kunden zu sein. Die SVP sieht darin keineswegs ein «Klumpenrisiko» – sondern eine Fokussierung auf das Wesentliche.

Die satte Erhöhung des Dotationskapitals um 2 Milliarden Franken kommt für die SVP im jetzigen Moment nicht in Frage. Insbesondere solange die Klage der USA nicht vom Tisch ist. Die SVP wird die von der ZKB heute bekannt gegebenen Forderungen und Expansionsabsichten in allen Einzelheiten genau und kritisch prüfen.

### PAROLENFASSUNG DES KANTONALVORSTANDS

## Abstimmung vom 3. März 2013: Nein zum Frisieren der Kantonsfinanzen

Der Kantonalvorstand der SVP hat an seiner Sitzung vom Dienstag einstimmig die Nein-Parole zur Verwendung der Einmaleinlage gefasst. Weiter wurden auf eidgenössischer Ebene u. a. die Nein-Parolen zum Familienartikel sowie zur Revision des Raumplanungsgesetzes empfohlen. Die Parolen zur Minder-Initiative sowie zur den Hauswirtschaftskursen an Mittelschulen auf kantonaler Ebene wird die ordentliche Delegiertenversammlung vom 15. Januar 2013 in Altrüti (Gossau) fällen.

ZB. Die SVP des Kantons Zürich empfiehlt einstimmig die Nein-Parole zur Verbuchung der Einmaleinlage. Von der Einmaleinlage von 2 Mia. Franken für die Sanierung der Beamtenversicherungskasse (BVK) will die Kantonsregierung einen Anteil von 1,6 Mia. Franken von der Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs der Erfolgsrechnung ausnehmen.

Die SVP stellt sich dezidiert gegen Trickserien und das Frisieren der Kantonsfinanzen. Die Kantonsverfassung verpflichtet die Behörden zum mittelfristigen Ausgleich (Art. 123 Abs. 1 KV). Es war nie Absicht des

Verfassungsgebers, ausserordentliche Beträge von dieser Pflicht auszunehmen. Der Vorschlag ist unseriös.

Nein sagt der Kantonalvorstand einstimmig zum Eidgenössischen Familienartikel. Beim vorliegenden Bundesbeschluss geht es um einen massiven Ausbau des Sozialstaats. Aus dem neuen Verfassungsartikel können derart viele Ansprüche abgeleitet werden, dass die finanziellen Folgen ungeahnten Ausmasses sind.

Mit 39:4 Stimmen lehnt die SVP die Änderung des Raumplanungsgesetzes ab. Damit würden die verfassungsmässigen Eigentumsrechte mas-

siv eingeschränkt. Diese bodenrechtlich fragwürdigen und eigentumsfeindlichen Zwangsmassnahmen würden zu einer weiteren Verknappung von Bauland führen und damit die Immobilienpreise und auch das Wohnen verteuern.

Auf kantonaler Ebene begrüsst die SVP das Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule und lehnt den Regierungsvorschlag ab.

Ebenfalls die Ja-Parole wird für die Steuergesetzänderung für die Steuerersatz der Grundstückgewinnsteuer empfohlen.

## JA ZUR MINDER-INITIATIVE

## Abzocker-Initiative ist keine Scheinlösung

Über fünf Jahre ist die Abzocker-Initiative von Thomas Minder im Parlament verpolitisiert worden, mit oft sehr verlogenen Argumenten. Gewisse Kreise wollten aus dem Anliegen sogar eine Steuervorlage konstruieren (Bonussteuer), welche dann Gott sei Dank im Parlament keine Mehrheit fand. Leider hatte die Einigungslösung, welche Herr Blocher mit Herrn Minder ausgearbeitet hatte, den falschen Absender und wurde darum im Parlament auch versenkt.



HANS-U. LEHMANN  
GLATTFELDEN

Eine Antwort zum Leitartikel von Gregor Rutz im Zürcher Bote vom 21. Dezember 2012: Endlich hat der Souverän nun das Wort, um für mehr Freiheit und Demokratie und mehr Schutz des Eigentums ein wuchtiges JA in die Urne zu legen. Nur die Initiative schützt die Volkswirtschaft, das Privateigentum und die Aktionärinnen und Aktionäre nachhaltig. Der Gegenvorschlag hat das Anliegen viel zu stark verwässert und lässt viel zu viele Hintertüren offen, sodass die Abzockerei munter weitergehen würde (z. B. goldene Fallschirme, Antrittsprämien usw.). Darum ist es wichtig, dem Original zuzustimmen und nicht der schlechten Kopie.

Geld kennt keine Religion, es stinkt nicht, es kennt weder Links noch Rechts und hat schon gar keinen Anstand oder Moral – darum nehmen es alle.

Da die sogenannte wirtschaftliche Elite auch keinen Anstand und keine Moral mehr kennt und getreu der Devise «man nehme, was man bekommt» handelt, braucht es einen «Pflock», der eingeschlagen werden muss, um dem raffgierigen Treiben ein Ende zu setzen. Wenn der eigene Vorteil von diesen «Eliten» im Vordergrund steht auf Kosten der Eigentümer, so wird sich unsere Volkswirtschaft nachhaltig ruinieren.

Nur die Initiative garantiert, dass das verloren gegangene Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in den Führungsgremien unserer Publikumsgesellschaften wieder hergestellt werden kann. «Man nimmt nicht einfach, son-

dern man fragt.» So tönt es doch in jeder vernünftigen Kinderstube. Wieso soll das in den Chefetagen unserer kotieren Gesellschaften anders sein?

Economiesuisse liegt völlig falsch in der Argumentation, dass mit der Annahme der Abzocker-Initiative die besten Talente ins Ausland gehen würden. Lasst diese teuren «Talente» doch gehen, es stehen genug fähige Leute in der zweiten Reihe, die den Job zu einer anständigen Vergütung sicherlich gleich gut oder sogar noch besser machen würden. Mit der Annahme der Initiative würde die Schweiz auch international ein Zeichen setzen und würde unmissverständlich signalisieren, dass es mit der Selbstbedienung zu Ende ist.

Darum ist es wichtig, am 3. März ein entschiedenes JA in die Urne zu legen, um damit der Abzockerei ein definitives Ende zu bereiten.

## LESERBRIEFE

## Widmer-Schlumpf navigiert ohne Kompass auf Sicht

Im Wochentakt wechselt Widmer-Schlumpf ihre Aussagen, ohne dass jemand ein Konzept oder eine neue Strategie erkennen könnte. Was gestern noch hoch und heilig als letzte Wahrheit verkündet wurde, wird heute als dummes Geschwätz von gestern abgetan. Planbarkeit adieu. Die NZZ titelte am 21. Dezember 2012: «Widmer-Schlumpf zeigt Bereitschaft zu Konzessionen», mit andern Worten, sie liebäugelt nun plötzlich mit dem automatischen Datenaustausch, nachdem sie bis jetzt eine unsäglich Hektik an den Tag gelegt hat, um die fragwürdige Abgeltungssteuer mit Deutschland durchzuboxen.

Mit ihrem unprofessionellen Wirken ermuntert sie die Gegner zu immer dreisteren Forderungen und jedes Mal knickt sie ohne Gegenwehr ein. Das letzte Beispiel ist das US-Diktat via FATCA-Gesetz, welches das Bankgeheimnis durch den automatischen Datenaustausch ersetzen soll, im Wissen,

dass die EU-Länder folgen werden. Und weil es mit unserem derzeitigen Bundesrat so einfach ist, jede noch so stupide Forderung durchzudrücken, wird man es bei der Vernichtung des Finanzplatzes Schweiz nicht bewenden lassen. Es gibt ja noch die Rohstoffhändler, die Versicherungen und den Tourismus. Und sie kann immer mit der rot-grün-weiblichen Unterstützung rechnen. Warum outet sie sich nicht, als was sie immer war: eine Sozialistin? Einflussreiche und zahlungskräftige ausländische Kreise schätzen es keineswegs, dass sie von der Schweizer Landesregierung schlicht und einfach verateten wurden, nachzulesen in «Valeurs Actuelles» (F) vom 8. November 2012. Dass sich die Schweizer Banken innert kürzester Zeit vom Champion des Bankgeheimnisses zum Supersteuereintreiber für fremde Mächte gewandelt haben, wird als sehr stossend gebrandmarkt, umso mehr, als der Bundesrat voll hinter diesem Verrat stand. Die ne-

gativen Auswirkungen werden in den nächsten Jahren ganz besonders im Bündner und Tessiner Tourismus und in den einschlägigen Shops für Luxusgüter zu spüren sein.

Es stellt sich wirklich die Frage, wie Widmer-Schlumpf zu stoppen ist, bevor sie weiteres Unheil anrichtet. Schon lange geht es nicht mehr um Details, wie sie es dem Schweizer Volk scheinheilig vortäuscht, sondern um die Souveränität und Regierungsfähigkeit der Schweiz. Die NZZ fragte am 21. Dez.: Was bekäme die Schweiz für ihre Konzession – z. B. gleichwertigen Marktzugang sowie eine Lösung der Konflikte um Unternehmenssteuern und um institutionelle Fragen. Aber bekanntlich ist bei Widmer-Schlumpf für das Ausland alles gratis, die hiesigen Steuerzahler bezahlen alles. Wie wird sie wohl in die Geschichtsbücher eingehen? Als Retterin oder Totengräberin der Schweiz?

Heinz Klaus, Morissen

## Wie tolerant sind die «Toleranten»?

Vielleicht haben Sie sich nach der Nomination der Heilsarmee am Eurovisionscontest EVS auch ungläubig die Augen gerieben? Man hätte meinen können, für Schwule und Lesben gehe gleich die Welt unter. Boykottaufrufe, Vorwürfe, die von homophob über intolerant bis zu christlich-fundamentalistisch reichen, fanden ihren Weg in die Schlagzeilen.

Nachdem erreicht wurde, dass ein Auftritt nur mit Namensänderung und

Verzicht auf Uniformen realisiert werden könnte, wurde es etwas ruhiger. Dass der Contest vor allem bei Gleichgeschlechtlichen sehr beliebt ist, war schon im Vorfeld klar. Trotzdem beschäftigt mich weiterhin stark eine Frage: Sind nicht gerade jene Kreise, die immer am lautesten Respekt und Toleranz predigen, die Intoleranten? Ist es eigentlich nicht umgekehrt, dass Homosexuelle sämtliche Freiheiten geniessen, während Freikirchen geringgeschätzt und

mit dem schwerlastenden Begriff «intolerant» gebrandmarkt werden? Die Heilsarmee, welche sich in vielfältiger Weise, aufopfernd der Bedürftigen und Notleidenden dieser Gesellschaft annimmt, hat es nicht verdient, derart kritisiert zu werden. Nicht ganz unerwartet tun unsere nicht ganz neutralen Medien das, was sie diesbezüglich am besten können: Sie schweigen.

Matthias Maag, Junge SVP, Bülach

## SVP WÜFLINGEN

## Chlausabig 2012 der SVP Winterthur

Im tiefverschneiten Wülflingen fand am 7. Dezember 2012, bereits zum vierten Mal, der Chlausabig der SVP Winterthur statt.

Nach einem von der lokalen SVP Wülflingen offerierten Apéro begrüßten die beiden Organisatorinnen Doris Steiner (Vizepräsidentin SVP Wülflingen) und Claudia Märki über 60 Personen aus Stadt und Bezirk Winterthur.

Fleissige Helferinnen aus dem Vorstand unserer Sektion haben Scheune und Tische einmal mehr wunderbar schön und vorweihnächtig dekoriert. Nach einem sehr delikaten Essen kam der mit Spannung erwartete Samichlaus.

Auch dieses Jahr entlockte er wieder viele herzhaft Lacher, als er in gewohnt lockerer Art «Sünden» zum Besten gab.

Daraufhin erzählte Josef Lisibach in eindrücklicher und interessanter Weise von seinen vielfältigen Aufgaben und Pflichten als höchster Winterthu-

rer und Präsident des Grossen Gemeinderates.

Beim schon fast traditionellen Chlausabig-Wettbewerb ging es darum, die Zahl der gemeldeten Einwohner in unserem Stadtkreis zu schätzen. Für die genaueste Schätzung erhielt Sonja Weidmann ein Chörbli mit erlesenen Wülflinger Spezialitäten vom Hofladen Märki. Übrigens waren am Stichtag genau 15 113 Wülflingerinnen und Wülflinger gemeldet.

Der sehr gelungene Abend wurde durch ein köstliches Dessertbuffet von der Bäckerei Lyner, Wülflingen, perfekt abgerundet. Unser Dank geht an alle Gäste und Helfer – es braucht selbstverständlich beide, damit ein gelungener Anlass möglich ist – und das war ein gelungener Anlass! Alle, die nicht anwesend waren, haben etwas verpasst.



Winterthurer Gemeinderäte nehmen das Sündenregister mit Humor.



Auch der höchste Winterthurer, Josef Lisibach, muss ein Sprüchlein aufsagen.

## LESERBRIEF

## Der Kniefall von Widmer-Schlumpf

Bundesrätin Widmer-Schlumpf versicherte mehrmals, an der Abgeltungssteuer festzuhalten, Nachverhandlungen gebe es keine. Plötzlich will sie über einen automatischen Informationsaustausch nachdenken. Im Klartext, der einseitige automatische Informationsaustausch (ohne Gegenrecht und zum Nulltarif) dürfte für sie beschlossene Sache sein. Andere Länder, allen voran die USA als aggressivste Kritiker unseres Finanzplatzes, denken hingegen nicht einmal im Traum über eine Abgeltungssteuer oder gar einen automatischen Informationsaustausch nach. Warum dieser plötzliche Sinneswandel von Widmer-Schlumpf? Sie wurde Bundesrätin, indem sie ihre damalige Partei (SVP) hintergangen und mit dem politischen Gegner (SP) paktiert hat. Folglich wird sie kalt lä-

chelnd auch unser Land hintergehen, wenn sie darin einen persönlichen Vorteil sieht. Denn um Bundesrätin zu bleiben, muss sie im Sinn der Linken politisieren. Im Visier linker Politik ist aber bekanntlich der Finanzplatz Schweiz!

Dass sie von ihren «Gegenspielern» (eher Kumpanen), dem EU-Botschafter Jones und dem Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Walter Borjans, für ihre Kehrtwende gelobt worden ist, sagt alles. Bezeichnend ist auch, dass sowohl diese beiden Herren als auch Frau Widmer-Schlumpf nur das schweizerische Bankgeheimnis bekämpfen.

Das amerikanische oder das englische Bankgeheimnis (Kanalinselfn) ist nämlich für alle drei tabu.

Otto Weiersmüller, Uetikon

## In Gedenken an Gustav Derrer (1939–2012)

Eine Woche vor Heiligabend ist alt Kantonsrat und alt Notar Gustav Derrer in Truttikon verstorben.

Gusti kam 1978 ins Stammthal, nachdem er zum Notar des Notariatskreises Stammthal gewählt worden war. Damit endete seine politische Laufbahn.

Er vertrat die SVP für den Bezirk Dielsdorf im Kantonsrat (1975–1978). Die wichtigsten Schwerpunkte seines parlamentarischen Wirkens lagen vor allem in den sozialen und fürsorglichen Einrichtungen, dem Bildungswesen und dem kantonalen Personalrecht.

An der Trauerfeier in der Kirche Truttikon vom 28. Dezember 2012

nahm eine sehr grosse Trauergemeinde von ihm Abschied. Der Trauergottesdienst musste sogar ins Gemeindehaus übertragen werden.

Als überzeugtes SVP-Parteimitglied nahm Gusti am politischen Geschehen regen Anteil.

Bis zuletzt war er auch in der Gruppe der ehemaligen SVP-Parlamentarier aktiv.

Als guter Schütze war er in Pistolen- und 300-m-Schützenkreisen sehr geschätzt.

Als Notar war Gusti beliebt. Viele Leute konnten von seinem soliden Fachwissen profitieren. Nichts war ihm zuviel, wenn es um die Beratung seiner Kunden ging. Überhaupt war

er ein sehr positiver, geselliger Mitmensch.

Er war von 1978 bis zu seiner Pensionierung unser geschätzter Notar. Seit 2006 lebte er nach seiner Heirat mit seiner Frau Jolanda glücklich in Truttikon.

Er war auch begeisterter Jäger und Mitpächter des Jagdreviers «Stammerberg». Ein Krebsleiden hat die Überhand über seine Gesundheit davongetragen – seinen Humor hat er aber bis zu seinem Tode nicht verloren.

Wir entbieten seiner Ehefrau und seiner Familie unser aufrichtiges Beileid.

Hans Farnet, Stammthal

## EIN REISEBERICHT

## Begegnungen mit Kindern in Indien

Auf unserer 3-wöchigen Reise durch Rajasthan in Nordindien sind uns viele Kinder begegnet. In Tuk-Tuks zusammengepferchte Schulkinder in Delhi, lebhaft und lachend in ihren schönen Schuluniformen am frühen Nachmittag nach Hause fahrend. Sie haben kaum Platz, so viele sind es. Jedes hält sich an irgend einem Gestänge fest, denn der mörderische Verkehr in den überfüllten Strassen nötigt die Tuk-Tuks zu einem Durchschlängeln, das auch abrupte Richtungsänderungen und Stops einschliesst. Allgemeine Schulpflicht gelte in Indien, erläutert unser Reiseleiter. Es gebe private und öffentliche Schulen. Die öffentlichen seien unentgeltlich. Auf Nachfrage meint er aber, Uniform und Lehrmaterial müssten bezahlt werden. Die staatlichen Schulen seien gut, die Uniformen strenger, mit Kravatten. Auch werde darauf geachtet, dass die Hände sauber, die Nägel geschnitten, die Schuhe geputzt seien.



SILVIA BLOCHER  
HERRLIBERG

Auf unserer Reise deutet der Begleiter unermüdlich auf jede Schule, jedes Fortbildungsinstitut hin, die an der Strasse stehen. Alle diese Gebäude für Studenten sind neu gebaut, stehen eingezäunt irgendwo auf dem Land. Auf meine Frage, wo denn die Studenten schliefen, ob es eine Art Campus gebe, meint er kurz: «Im Dorf».

Das Dorf aber, durch das wir fahren, besteht aus ein paar wenigen armseligen einstöckigen Hütten, wellblechgedeckt, ohne Wand gegen die Strasse hin. Bei mancher «Teeschenke» steht neben den Klappstühlen eine Bettstatt aus vier Latten auf vier Beinen, die Liegefläche mit einem 4 cm breiten Leinenband geflochten. Sind so die Schlafstätten der Studenten? Oder vielleicht einfach eine einfache Strohmatten am Boden?

Unser Guide erzählt uns aber auch, dass es in manchen Dörfern gar keine Schulen gebe. Wo es sie gibt, sind sie sehr einfach, was wir an einem Beispiel sehen. Leider können wir nicht ins Gebäude. Das Dorf besteht aus

sehr einfachen Bauernhäusern, die innerhalb einer Mauer, die zugleich Hausmauer ist und einen ungedeckten kleinen Hof einfasst, Platz bieten für eine zum Hof hin offene Küche mit einem kleinen offenen Feuer am Boden und einer Eisenpfanne. In einer Ecke liegen Stücke einer zerschnittenen Pflanze, unklar, ob das Nahrung für Menschen oder Tiere ist. Gegenüber liegt eine alte Frau auf einer Bettstatt. Im kleinen Hof steht eine kleine Maschine, die von Hand bedient wird vom Bauern, der ein Bündel Hirse drischt. Irgendwo dazwischen stehen zwei Büffel, das wichtigste Eigentum der beiden Leute. 5 kg Milch geben sie täglich.

Daraus machen die Bauern Joghurt, Butter und eine Art Frischkäse. Was übrig bleibt, geht zu einer Sammelstelle. (Im Auto sagt mir mein Mann, dass bei uns eine Kuh bis zu 40 l Milch gebe.)

Der Boden in Haus, Hof und Dorfstrasse ist überall der Erdboden, in der meist regenlosen Zeit ist daher alles unglaublich staubig. Zwischen den Häusern spielen einige Kinder, die kleineren nur mit einem Oberteil bekleidet, damit sie jederzeit ungehindert ihre Notdurft verrichten können. Grössere tragen eine Art Hose, deren

Naht für den gleichen Zweck unten offen ist.

Die Kinder staunen uns an, halten sich aber – anders als an anderen Orten – zurück.

### Prächtige Kleider

Auch bei den Besuchen von Monumenten, alten Festungen, Grabmälern und Tempeln treffen wir überall auf indische Touristen aus verschiedenen Staaten Indiens. Diese sind immer als Familie unterwegs: Grossmutter, Mutter, Tanten alle prächtig und glänzend in wunderbar farbige Saris gekleidet, die schwarzen Haare straff aus dem Gesicht gekämmt, zu einem Zopf geflochten, oft von einem farblich passenden Schleier verhüllt. Grossvater und Vater sind meist in Jeans und Hemd oder in einer Art weissem Kafftan. Ihre Kopfbedeckung verrät Religion oder Kaste: Turbane für Sikhs, weisse gehäkelte Käpplis für Mohammedaner, deren Frauen Tschadors mit oder ohne Niqab tragen.

In all diesen indischen Familien kümmern sich eher die Väter um die Kinder, die westlich bekleidet sind. Die Säuglinge werden von den Frauen auf den Armen getragen. Wiederholt wird mir von Frauen völlig überraschend ihr Kleinkind in den Arm ge-

drückt und der Fotoapparat gezückt. Mein Mann wird von Teenager-Frauen und -Männern (das Alter der Inder ist schlecht abzuschätzen), die in geschlechtlich getrennten Gruppen unterwegs sind, für gemeinsame Fotos bevorzugt.

Und immer wollen sie einem nachher die Hand geben und sich bedanken.

### Die Wichtigkeit einer schulischen Ausbildung

An einem nicht stark besuchten Aussichtspunkt bildet sich plötzlich eine kleine Gruppe ortsansässiger Männer um drei offensichtlich fremde Inder, zwei Männer und eine Frau, die erregt in Hindi auf einen älteren Mann mit Bart einreden. Zwei etwa 8-jährige schmutzige Buben stehen im Kreis. Wir bitten unseren Reiseführer zuzuhören und uns zu sagen um was es geht:

Die drei Fremden kommen von einer staatlichen Organisation, die sich um Kinder kümmert, welche arbeiten müssen oder zum Betteln angehalten werden. Eben erklären sie dem Vater, dass er den Kindern keinen Dienst erweise, wenn er sie nicht zur Schule schicke. So könnten diese es nie weiter bringen als er, der vom Betteln lebt.

Die fremde Frau hält den Betteljungen fest an der Hand, und nach einiger Zeit verlässt sie mit dem Jungen die Gruppe und steigt zusammen mit ihm und ihren zwei Begleitern in die wartende schwarze Limousine.

Der Junge wird nun zu einer Schule gebracht, dort neu eingekleidet, bekommt zu essen und lernt. Obwohl keinerlei Abschiednehmen sichtbar war, betont unser Reiseleiter, der Vater sei damit einverstanden gewesen. Nur den zweiten Sohn habe er nicht mitgegeben, habe gesagt, er wolle sich das noch überlegen.

Indien scheint die Wichtigkeit einer schulischen Ausbildung für die Kinder erkannt zu haben. Aber noch lange nicht allen Kindern ist es möglich, in die Schule zu gehen. Die Dörfer auf dem Land sind klein und abgelegen, Verkehrsmittel Mangelware. 1,1 Mrd. Einwohner hat Indien, «das sind nur die gezählten», bemerkt unser Reiseleiter dazu. Heute ist Indien das bevölkerungsreichste Land der Welt, hat mehr Einwohner als China, und ein Bevölkerungswachstum von fast 2 Prozent. Mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten sind nur ein Problem von vielen.

Weiteres auf [www.blochersilvia.ch](http://www.blochersilvia.ch)

## SVP HETTLINGEN

## Vortrag von Hans Geiger zur Finanzkrise

Zum dritten Mal durfte die SVP Hettlingen eine Veranstaltung über ein aktuelles Thema durchführen. Erneut konnten wir eine hochkarätige Person aus der Wissenschaft einladen. Emer. Prof. Dr. Hans Geiger referierte zum Thema «Finanzkrise – Zusammenhänge und Ausblick».

SVP Hettlingen. Gastreferent Hans Geiger zeigte in verständlicher Weise die Ursachen auf, die zur derzeitigen Krise (Subprime-Krise), die 2006 begann, führten: 1. Verschuldung der Banken und damit zu geringes Eigenkapital; 2. viele implizierte Garantien durch den Staat; 3. Geldpolitik der (US) Notenbank, die zu viel billigem Geld führte. In dieser Situation wurde es attraktiv, Schulden zu machen. Die Risiken, welche durch fremdfinanzierte Investitionen eintreten können, erklärte Hans Geiger eindrücklich anhand eines einfachen Beispiels, welches er zusätzlich auch noch bildlich veranschaulichte. Dabei unterliess er es jedoch nicht, auch die Vorteile der Schuldenaufnahme aufzuzeigen. Eindrücklich waren zudem seine Erklärungen zum «trio infernale» bzw. «ménage à trois», welche unter anderem die Krise, vor allem in Griechenland, herbeiführten. In diesem Trio, welches sich aus Staat, Zentralbank und Bank zusammensetzt, vergibt der Staat Staatstitel, welche von Banken gekauft werden und die von der Zentralbank im vollen Nennwert als Pfand akzeptiert oder angekauft werden. Die Entgegennahme solcher Titel durch die Zentralbank, deren eigentlicher Wert nicht mehr dem Nennwert entspricht, ist nur deshalb möglich, weil die Zentralbank unendlich tief in ihre Taschen greifen kann. Dies führt dazu, dass die Banken den eigentlichen Minderwert solcher Titel in ihrem Eigenkapital nicht berücksichtigen müssen. Welche Konsequenzen dies hat, ist nun ersichtlich.

Weitere Ausführungen machte Hans Geiger über den Finanzplatz Schweiz und welche Herausforderungen uns erwarten. Dabei erwähnte er auch die «Weissgeldstrategie» des Bundesrates, welche von ihm klar abgelehnt wird. Die Schweiz solle den weltweiten Standard einhalten, aber nicht mehr;



Hans Geiger bei seinen spannenden Ausführungen.

die Schweiz solle Interessenverbindungen mit anderen Ländern mit gleichen Problemen eingehen; die Schweiz solle klar ihre nationale Interessen vertreten; die Geschäftsbanken sollten selber darüber entscheiden, ob sie nicht versteuertes Geld entgegen nehmen wollten, müssten dafür aber auch die

Verantwortung tragen. Der Vortrag war äusserst spannend und aufschlussreich. Die SVP Hettlingen dankt Hans Geiger herzlich für seine Ausführungen.

Dank sei auch den Zuhörern, deren zahlreiche Fragen ebenfalls zu einem interessanten Abend beitrugen.

## Rettet unser Schweizer Gold!

Jetzt unterschreiben:

[www.goldinitiative.ch](http://www.goldinitiative.ch)



## Schulung zu den Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2013

Am 3. März 2013 stimmt das Schweizer Stimmvolk neben der Minder-Initiative auch über Familienpolitik (Krippenangebot in Verfassung verankern) und Raumplanung ab. Auf kantonaler Ebene wird abgestimmt über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule (inkl. Gegenvorschlag), die Steuersätze der Grundstückgewinnsteuer, Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen sowie über die wichtige finanzpolitische Vorlage der Verbuchung der Einmaleinlage BVK beim mittelfristigen Ausgleich.

Referenten: Nationalrat Gregor Rutz, alt Nationalrat Ueli Schlüer, Kantonsrat Claudio Zanetti, Parteisekretär Reinhard Wegelin

Schulung: **Mittwoch, 23. Januar 2013**, Parteisekretariat der SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf (4. Stock)

Dauer: Von 19.30 bis ca. 21.30 Uhr

### Anmeldetalon Schulung zu den Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2013

Name \_\_\_\_\_  
Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_  
E-Mail \_\_\_\_\_

Ich melde folgende Anzahl Personen zur Schulung an \_\_\_\_\_

Bitte Anmeldetalon retournieren **bis 20. Januar 2013** an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: [sekretariat@svp-zuerich.ch](mailto:sekretariat@svp-zuerich.ch)

## Fadegrad

## Die essbare Stadt



VON  
ROLAND SCHECK

Was immer die SVP tut, die linksgerichteten Medien geben Gegensteuer. Über sachpolitische Themen wird häufig verzerrt oder gar nicht berichtet. Wahlerfolge der SVP werden totgeschwiegen oder gar als Niederlagen ausgelegt. Andererseits werden unbedeutende Details, Personalien und angebliche Stillfragen aufgebauscht. Wer den Medien glaubt, kommt zum Schluss, dass die SVP alles falsch macht und die anderen alles richtig machen. Das hierdurch projizierte Bild ist aber falsch und schiesst weit an der Realität vorbei. Wer schon einmal einem Gemeinderatsbetrieb beigewohnt ist, stellt fest, dass es vornehmlich die anderen Parteien sind, die schlecht vorbereitet sind, undurchdachte Vorstösse lancieren oder Aufholbedarf bezüglich Anstandsregeln haben.

Weshalb wird nicht mit gleich langen Ellen gemessen? Weshalb legen die Medien stets den Mantel des Schweigens über die Unglaublichkeiten der rot-grünen Ratsseite, welche die Mehrheitsverhältnisse regelmässig zur Durchsetzung von hirnrissigen Ideen missbraucht und damit unser demokratisches System ad absurdum führt? Ein paar Musterli gefällig?

In der vergangenen Budgetdebatte überwies die rot-grüne Mehrheit ein Postulat zur verstärkten Bekämpfung von invasiven Neophyten auf dem Gemeindegebiet der Stadt Zürich und alimentierte dafür auch gleich Finanzmittel. Neophyten sind Pflanzen, die sich in einem Gebiet etabliert haben, in dem sie zuvor nicht heimisch waren. Bei den Menschen würde Rot-Grün am liebsten alle Schleusen öffnen. Bei den zugewanderten Pflanzen hingegen verlangt man deren Ausrottung. Wir lernen: fremde Pflanzen sind im Gegensatz zu fremden Menschen also keine «kulturelle Bereicherung».

Absurd wird es auch, wenn sich Rot-Grün in der Verkehrspolitik vertut. Zur angeblichen Veloförderung überwies eine Ratsmehrheit im vergangenen Herbst einen Vorstoss, der verlangt, dass in der Stadt Zürich auf den Hauptverkehrsachsen – also auf den Kantonsstrassen – die grünen Wellen auf Basis von Tempo 20 eingestellt werden. Oder Ende des letzten Jahres, als die rot-grüne Mehrheit des Gemeinderats den Stadtrat beauftragte, die ungenutzten Parkplätze in Tiefgaragen in Proberäume für Musikbands umzufunktionieren.

Der unbestrittene Höhepunkt trug sich aber in der vergangenen Budgetdebatte zu: Die Mehrheit des Gemeinderats überwies doch tatsächlich einen Vorstoss, um die Stadt Zürich in eine essbarere Stadt umzugestalten. Dabei soll zukünftig «Wechselflor mit standortgerechten, ökologisch sinnvollen, essbaren und ästhetischen Nutzpflanzen gestaltet werden, die von der Bevölkerung genossen werden können». Mahlzeit!

Nicht auszudenken, wenn derartige Vorstösse von der SVP kämen. Wenn es aber die Grünen tun, dann bleibt stumm im linken Blätterwald. So dass ja die bittere Realität zugeht.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Politische Erfahrung als Kernkompetenz – zum Sinn eines Übungsfeldes

Gedanken zum Jahresauftakt: Wenn man die Wirkung der Arbeit im Zürcher Gemeinderat zuweilen auch realistisch als nicht gerade weltbewegend erlebt, so ist es doch ein gutes Forum, um sich den unerlässlichen politischen Instinkt anzueignen – ohne diesen liesse sich auch auf übergeordneten Ebenen kein Treffer erzielen.



B. IM OBERDORF  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 12

Politisch wenig bewegend, aber dennoch wichtig sind die unbestrittenen Bestrebungen, den älteren Menschen eine gute Lebensqualität zu garantieren; gut ist die Ablehnung eines an sich schon überflüssigen Postulates für die Schaffung bürokratischer Strukturen «zur raschen Umsetzung der Energiewende», ärgerlich die Wirkung eines Postulates zur Schaffung eines Öko-Business-Planes. Betreffend der Verkehrspolitik wäre es noch schlimmer gekommen, hätte Roger Liebi die Grünen nicht zum Geständnis verleitet, grundsätzlich gegen das Auto ins Feld zu ziehen.

## Vom Cannabis-Dunstkreis ...

Man hätte also den ersten Ratsabend im neuen Jahr als ereignislos abhaken können, wenn er nicht zu einer Mini-Hasch-Debatte geführt hätte. Bloss führte die vorschnelle Schliessung der Rednerliste dazu, dass sich insbesondere die in Hanf gekleidete Linke mit ihren Plädoyers für den Cannabis-Pi-

lotversuch stark machen konnte. Die SVP musste sich so auf zwei Voten beschränken: Marina Garzotto begründete die Ablehnung des Postulates damit, dass alle Drogen gefährlich und giftig seien – und Mauro Tuena verwies darauf, dass mit einem solchen Pilotversuch dann Zürich zum Mekka der Kiffer werde. So blieb die SVP mit der ablehnenden Kenntnisnahme des Berichtes allein auf weiter Flur. Daher war durch den Cannabis-Dunstkreis eher ein Blick zurück auf das Ergebnis der Budgetdebatte angebracht: Diese hat zwar keine massgeblichen Spareffekte bewirkt, weil auch hier die SVP mit ihren Anträgen meist isoliert auf verlorenem Posten stand.

Es galt damals, in sieben Marathon-sitzungen – die teilweise bis Mitternacht dauerten – von Mittwoch bis Samstag über rund 320 Anträge zu befinden.

## ... zum Sinn von Monsterdebatten

Wenn man nach dem Sinn solcher Monsterdebatten fragt, wird man diesen nicht am mageren Ergebnis messen können, sondern aus der Sicht der SVP daran, dass ein Zeichen gesetzt wurde. Die Frage bleibt, ob der riesige Aufwand auch hinreichend lohnend

war, weil der auf Effizienz bedachte Ratspräsident die Debatte mit den immer wieder geschlossenen Rednerlisten zu einer Fliessbandproduktion umfunktionierte, die nur noch in seltenen Momenten politische Zeichen setzende Debatten erlaubte; und wenn, dann ausgerechnet bei in Wirklichkeit beschämenden Nebensächlichkeiten, die aber skandalös genug sind, emotionale Auseinandersetzungen auszulösen – ein Beispiel lieferte der unsägliche Hafenkran.

So war es bewundernswert, mit welchem grossem Einsatz der Fraktionschef Mauro Tuena die Debatte vorbereitete, mit einem perfekten Drehbuch und mit grosser Disziplin. Zu dieser musste er auch anhalten, weil im Zuge einer monoton werdenden Fliessbandfertigung die Aufmerksamkeit der Fraktionsmitglieder strapaziert wurde, so dass verschiedentlich bei rasch aufeinanderfolgenden Abstimmungen das Klemmen des Abstimmungsknopfes übersehen werden oder auch der Druck auf den Knopf im Stimmengewirr untergehen konnte. In sachlicher Hinsicht war der Einsatz und die Dossierkenntnisse des Präsidenten der federführenden Rechnungsprüfungskommission, Roger Liebi, bravourös

und die Einarbeitung des neuen RPK-Mitgliedes, Daniel Regli, war bemerkenswert. Eindrücklich ist aber auch Einsatz und Disziplin der ganzen Fraktion, die sich zur Vorbereitung an zwei Samstagen zu Budgetklausuren zusammenfand.

## Aufbau der Pfeiler des Erfolges

Wenn manchmal auch nicht viel Vernünftiges bewirkt wird und Unsinniges nicht verhindert werden kann, so ist der Gemeinderat doch ein Parlament, in welchem man nicht nur das politische Handwerk erlernen, sondern auch die politische Erfahrung, den Instinkt entwickeln kann.

Mit diesem Rüstzeug macht man dann auch auf nationaler Ebene eine wirkungsvollere Politik, als wenn man im Eilzugtempo dank Protektion in die heiligen Hallen des eidgenössischen Parlamentes gehoben wird. Dann kann auch das Zürcher Stadt-Parlament nicht das Ziel, sondern der Weg zur kantonalen oder nationalen Ebene sein. So sind es auch Arbeiten auf kommunaler und kantonaler Ebene, das Einüben von Strategien und die Gewinnung von Erfahrungen und nicht die Eilzugskarrieren, die später langfristig zum Erfolg führen.

## ZÜRICHS SCHULDENPOLITIK IM BANNE DER ZUWANDERUNG

## Die Schuldenmacher

In den USA spricht man vom «Fiscal Cliff», in der EU von Rettungsschirmen für die überschuldeten Peripheriestaaten. Dabei muss der Blick gar nicht in die Ferne gehen, leider nicht!



GEMEINDERAT  
ROGER LIEBI  
PRÄSIDENT  
SVP STADT ZÜRICH

Der scheidende Finanzvorsteher Martin Vollenwyder – also jener Stadtrat, der die Politik der Schuldenmacher im besten Falle umzusetzen hatte, im schlechtesten Falle mitgeprägt hat – sah sich im September 2012 genötigt, ein rigoroses Sparprogramm anzukündigen. Selbstverständlich konnte man dieses Programm nicht beim Namen nennen, weil sonst wohl die Gefolgschaft von Linken und Gewerkschaften gefährdet wäre. Also benannte man es schlicht «Leistungsüberprüfung 17/0».

Liest man aber die Zahlen und interpretiert die von Stadtrat Vollenwyder ausdrücklich als besorgniserregend bezeichnete Schuldenentwicklung, so sieht jedermann: Die Stadt Zürich ist auf einer Gipfeltour, dem Grat entlang. Es gibt nur Umkehr oder Absturz.

## Exzessives Bevölkerungswachstum

Die Erkenntnisse aus der europäischen Schuldenkrise zeigen, dass nicht die laufenden Haushalte (Erfolgsrechnung), sondern die Bilanzen der Staaten zum Absturz führten. Tiefe Zinsen verleiteten zu einer Überinterpretation und Anwendung des Keynesianischen Modelles zur Investitionsrolle des Staates. So leider auch in der Stadt Zürich.

Das rasante Wachstum der Stadt führte und führt zu einer hochriskanten Finanzsituation für die Stadt. Allein der notwendige Ausbau des öffentlichen Verkehrs (ÖV), die Energieversorgung, der öffentliche Dienst, Linderung der Wohnungsknappheit (durch die allerdings völlig falsche, wenn auch gutgemeinte Aktion «zahlbare Wohnungen») usw., alle ausgelöst durch exzessives Bevölkerungswachstum in kürzester Zeit, verschlingen Milliarden von Franken. Hinzu kommt der völlig ideologisch geprägte

schuldenfinanzierte Umbau der Stadt Zürich, weg von der prosperierenden Handels- und Gewerbestadt zur wertschöpfungsfreien Wohlfühlloase.

## Systemische und strukturelle Defizite

Bei einer Selbstfinanzierung von unter 50 % sind wichtige Infrastrukturprojekte oder deren Unterhalt gefährdeter denn je.

Ein Gang oder eine Fahrt durch die Stadt Zürich zeigen anhand der Architektur neuer Vielwohnungsbauten schon heute die Rückkehr zu längst für alle Zeit verbannt geglaubtem Städtebau. Immer mehr Retorte, immer weniger Flair.

Die von linken, grünen und labilen Politikern verbreitete Mär, dass die grenzenlose Zuwanderung absolut Mehrwert schaffe, lässt sich immer einfacher, auch aus finanzieller Sicht, zurückweisen.

Das Steueraufkommen deckt den Aufwand längerfristig nicht mehr. Die nun zur Gewohnheit werdenden Rechnungsdefizite sind systemischer und struktureller Natur.

## Bevor es zu spät ist

Die Glut lodert im Dachstock und im Fundament.

Die Gefahr droht vom rot-grünen Stadtrat, der sich getreu dem hellenischen Modell in den vergangenen zehn Jahren einen Verwaltungsmoloch mit offensichtlich treuen Wählern geschaffen hat.

Sie droht aber auch im Fundament, von den machtbesessenen, wirtschaftsfremden roten und grünen Parteien des Gemeinderates, die mehr auf eigenen Befindlichkeiten beruhen als auf den wahren langfristigen Bedürfnissen der Bevölkerung und deren Kindern.

Bestes Beispiel ist ein politischer Vorstoss (!) der Grünliberalen Partei, die Gemeinderatssitzungen tagsüber abzuhalten, da deren Fraktionschef am Abend bei der Familie sein möchte ...

Die Entwicklung der letzten Jahre schreitet nach Veränderung, bevor es zu spät ist, bevor die Bevölkerung leidet und sich die zuständigen Politiker mit üppigen Entschädigungen aus der Verantwortung ziehen.

## Weg von der Traumschiffpolitik

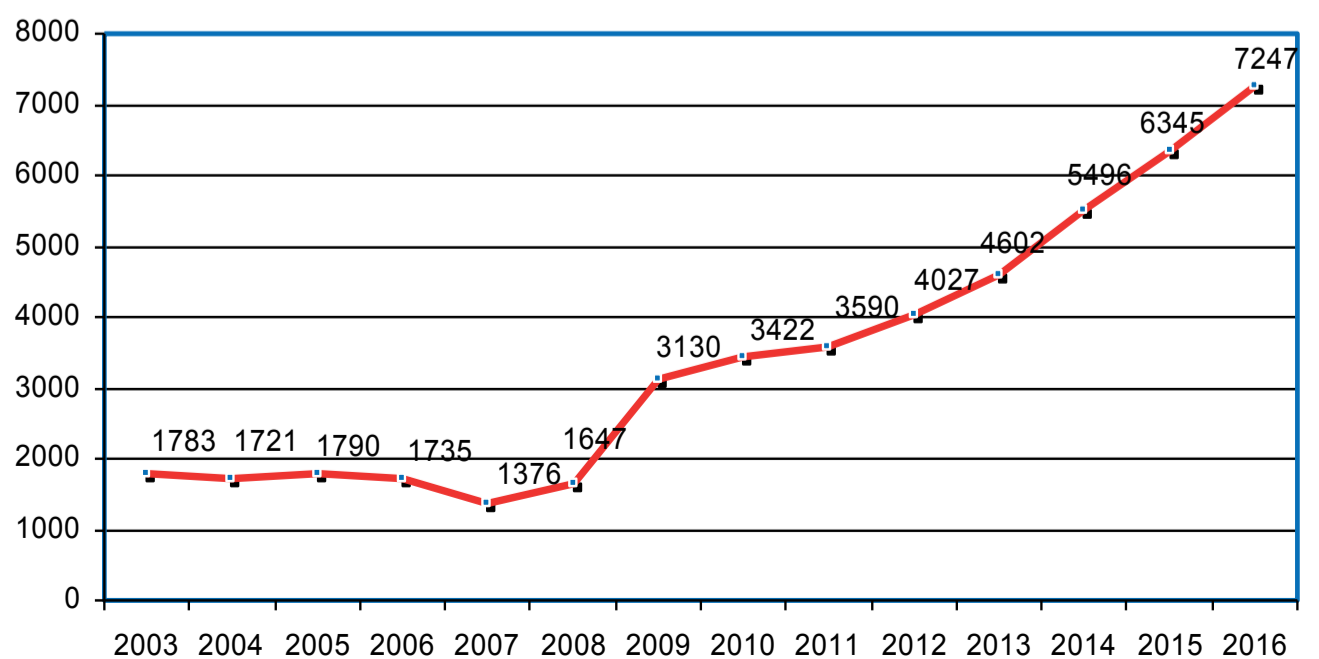
Die SVP fordert deshalb, dass ihre Forderung zur Reduktion der Stadtratsitze von 9 auf 7 sehr entschlossen angepackt und dem Gemeinderat und der Stimmbewölkerung in der kürzest möglichen Zeit vorgelegt wird.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, von seiner Traumschiffpolitik wegzukommen und sich auf die erfolgreichen, bescheidenen Tugenden Zürichs zurückzubedenken.

Die Wählerinnen und Wähler der Stadt Zürich sind in ihrem eigenen Interesse und v. a. in jenem ihrer Kinder und Kindeskinde aufgerufen, links-grün in der Regierung anlässlich der Ersatzwahl 2013 nicht noch mehr zu stärken und ab 2014 auf eine Umkehr der Machtverhältnisse hin zu den bürgerlichen Parteien zu streben. Die SVP als stärkste und allen Bevölkerungsschichten verbundene Partei will dabei eine zentrale Rolle einnehmen.

Zürich darf nicht länger Spielball linker und grüner Fantasten bleiben!

## Nettoschulden Stadt Zürich in Mio. Franken





Multiforsa ist das führende Unternehmen in Verkauf und Beratung von Fütterungsspezialitäten. Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir eine(n)

### Verkaufsberater/-in

in der Region  
Zürich Unterland/Weinland, Winterthur

#### Ihre Aufgabe

- Fachberatung der Tierhalter in der Tierernährung
- Verkauf unseres gesamten Produktsortiments
- Neukundengewinnung
- Auslieferung unserer Produkte zum Kunden
- Führen eines Produktlagers

#### Ihr Profil

Sie besitzen Freude am Verkauf und haben Interesse an der Landwirtschaft. Engagement, Ehrgeiz, Fleiss, Selbständigkeit und Ausdauer setzen wir voraus. Ihr Wohnsitz liegt im Verkaufsgebiet.

#### Unser Angebot

Es erwarten Sie eine solide Einführung, fortschrittliche Anstellungsbedingungen und gute Sozialleistungen. Leistungslohn und eine selbstständige Tätigkeit in einem guten Arbeitsumfeld runden unser Angebot ab.

#### Ihre vollständige Bewerbung

senden Sie bitte per Briefpost an Frau Susi Horber, Multiforsa AG, Industriestrasse 9, 5644 Auw AG oder per E-Mail an \* personal@multiforsa.ch. Für weitere Informationen steht Ihnen Herr Michael Leu unter Tel. \* 079 782 13 53 gerne zur Verfügung.

Multiforsa AG, Tiergesundheit  
5644 Auw AG



Erfolgreich werben im «Zürcher Bote» und «Zürcher Bauern»

Jetzt die Mediadaten 2013 bestellen!

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70

Fax 044 924 20 79

fredi.kretz@kretzgmbh.ch

**CCG**  
Event-Technik

CCG-Mietpark  
Bramenstrasse 8  
8184 Bachenbülach  
Tel. +41 (0)44 307 11 55  
www.ccg.ch

# WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

### ZU VERKAUFEN

**Sehr sichere Geldanlage!** Grundstück, im Baurecht vergeben bis 2106. Verzinst zum Hyposatz der Berner KB. Zinsen im 1. Rang gesichert, Vorrang vor der Bank! Region Emmental. Kaufpreis: Fr. 155 000.-. Tel. 058 399 27 08 (G).

**Holz- und Schittlispalter** 9 t, 380 V E-Motor. **Hydraulische Kippschaufel**, 2,20 m breit. **Dreipunkt-Schneepflug** 2,40 m, hydraulisch. **Seil-Umlenkrolle** 6 t für Forst. **Kindersitz** gefedert, mit Sich.-Gurt auf Traktor. Tel. 078 743 11 30.

**Dreipunkt-Heckstapler**, sehr gut erhalten, betriebsbereit, Fr. 1300.-. Telefon 078 717 63 87.

### ZU KAUFEN GESUCHT

**Autos, Busse, Lieferwagen** usw. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50, auch Sa/So.

**Bauland für EFH** gesucht. Schweizer Paar möchte Holzhaus bauen. Telefon 055 535 42 41.

**Brennholzfräse** mit Rolltisch, evtl. mit Aufbaumotor, günstig. Tel. 052 345 18 57, 079 382 59 30.

### ZU VERMIETEN

**Ferienwohnung** 4 1/2 Zimmer in Bivio zu vermieten. Direkt neben Skilift. Frei vom 26.1.–2.2.2013. Tel. 078 792 00 25.

### WIR SUCHEN

**LKW-Chauffeur C/E** auf WB-Fahrzeug. Arbeitsort Frauenfeld. Teil- oder Vollzeit, Abend/Nacht. Per sofort oder nach Vereinbarung. Tel. 079 430 31 28.

### UMTAUSCH

**Tausche Profi-Head-Ski**, 165 cm, 11,7 kg, in kleineren, leichteren Markenski, ca. 155 cm. Der Head-Ski hat eine Metal Jacket Technology und Tyrolia-Bindung, Neuwert war ca. Fr. 1200.-, wenig gefahren, guter Zustand. Telefon 079 310 73 97.

## IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

### Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser. Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

[www.stutz-druck.ch/wuchemaert](http://www.stutz-druck.ch/wuchemaert)

#### Preise

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.-** inkl. MWSt.  
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.-** inkl. MWSt.

#### Einsendeschluss

jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

#### Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.



## Einladung zum SVP-Jassturnier

- Was:** Schieber-Jass mit zugelostem Partner
- Wann:** Freitag, 25. Januar 2013, 19.30 Uhr  
Standblattausgabe ab 19.00 Uhr bis spätestens 19.20 Uhr
- Organisation:** SVP Hettlingen
- Wo:** Mehrzweckhalle Hettlingen

**Einsatz Fr. 20.00**

Es sind schöne Preise zu gewinnen.  
Alle JasserInnen erhalten einen Preis!

Die Organisatoren sind gerüstet und freuen sich auf viele Teilnehmer.  
Für das leibliche Wohl sorgen die Mitglieder der SVP Hettlingen.

Anmeldungen bitte so schnell wie möglich aber spätestens bis 18.01.13 an:  
*Eliane Hiestand, Seuzacherstrasse 11a, 8400 Winterthur*  
e-mail: [eliane.hiestand@gmx.ch](mailto:eliane.hiestand@gmx.ch)

SVP Jass-Turnier 25. Januar 2013 in Hettlingen

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....



### Einladung zur Podiumsveranstaltung

**Mittwoch,**  
**16. Januar 2013,**  
**20.00 Uhr**  
im Restaurant Rössli Illnau

Der Bezirk Pfäffikon wählt am 3. März 2013 einen neuen Statthalter. An der Podiumsdiskussion haben Sie Gelegenheit mich kennen zu lernen.

Ihr Marcel Marfurt

[www.marcel-marfurt.ch](http://www.marcel-marfurt.ch)

[Marcel Marfurt tritt an um zu gewinnen](#)

## Achtung!

Zahle **Höchstpreise**  
für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.  
**Tel. 044 822 26 11**

## Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf [www.teleblocher.ch](http://www.teleblocher.ch) übertragen.

## SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

## Kantonsrat / Fraktion

Montag, 14. Januar 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

## SVP-VERANSTALTUNGEN

## Bezirk Affoltern / Hausen am Albis

Montag, 14. Januar 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Stamm.

Montag, 11. März 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

## Bezirk Affoltern / Knonau

Freitag, 18. Januar 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Hörnli, Knonau, SVP-Dorfjass. Anmeldungen: [svpknonau@gmail.com](mailto:svpknonau@gmail.com) oder 076 771 02 60.

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Museum Sasso San Gottardo. Weitere Informationen fol-

gen. Anmeldungen: [svpknonau@gmail.com](mailto:svpknonau@gmail.com) oder Natel 076 771 20 60.

## Bezirk Bülach / Höri

Samstag, 19. Januar 2013, 16.00 Uhr, Restaurant Au, Höri, Preisjassen. Anmeldung an [kurt.frauenfelder@bluewin.ch](mailto:kurt.frauenfelder@bluewin.ch).

## Bezirk Pfäffikon

Mittwoch, 16. Januar 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Rössli Illnau, Podiumsveranstaltung zum Thema «Unser Bezirk wählt einen neuen Statthalter». Podiumsteilnehmer: Hansruedi Kocher, EVP, Hittnau, und Marcel Marfurt, SVP, Weisslingen. Moderation: Anna E. Guhr, «Zürcher Oberländer».

## Bezirk Winterthur / Hettlingen

Freitag, 25. Januar 2013, 19.30 Uhr, Mehrzweckhalle, Hettlingen, Jassturnier. Es gibt tolle Preise für jeden! Schieber-Jass mit zugelostem Partner. Anmeldung an [eliane.hiestand@gmx.ch](mailto:eliane.hiestand@gmx.ch) oder Eliane Hiestand, Seuza-

cherstrasse 11a, 8400 Winterthur, bis spätestens Freitag, 18. Januar 2013.

## Stadt Zürich / Kreis 7 und 8

Dienstag, 26. Februar 2013, 19.00–21.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikonstrasse 279, Zürich, Mitgliederversammlung mit Gastredner Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli. Anschliessend an die Mitgliederversammlung findet ein gemeinsames Abendessen statt. Organisation: Gemeinderat Urs Fehr, Präsident Kreis 7 und 8.

## SVP-FRAUEN

## SVP-Frauen Stadt Zürich

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

## IMPRESSUM

## Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich  
Erscheint jeden Freitag

## Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–  
Nichtmitglieder Fr. 58.–  
+2,5 % Mehrwertsteuer

## Redaktion: Seite 1–8

Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)  
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65  
[zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch)  
SVP des Kantons Zürich  
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

## Inseraten-Annahme:

**print-ad kretz gmbh**, Fredi Kretz  
Tramstrasse 11, Postfach,  
8708 Männedorf  
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79  
[inserate@zuercher-bote.ch](mailto:inserate@zuercher-bote.ch)

## Inseratenschluss:

Dienstag 17.00 Uhr  
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–  
+ 8 % Mehrwertsteuer

## Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG  
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil  
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22  
[info@stutz-druck.ch](mailto:info@stutz-druck.ch)

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhock.

Donnerstag, 22. August 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Mittwoch, 23. Oktober 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventessen.

Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

## WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Sonntag, 13. Januar 2013, 18.25 Uhr (Wiederholung immer nach einer Stunde), SonnTalk auf TeleZüri, u. a. mit Nationalrat Hans Fehr.

Samstag, 19. Januar 2013, 12.10–12.50 Uhr, Aula Schulhaus Limmatstrasse, Zürich, Politik-Diskussion zum hochaktuellen Thema «Atomausstieg der Schweiz?» mit Nationalrat Hans Fehr und Politikern aus FDP, SP und Grünen. Organisation und Leitung durch Absolventen der kaufmännischen Berufsmaturität an der KV Zürich Business School.

Freitag, 22. März 2013, 20.00 Uhr, Oetwil am See (genauer Ort folgt), Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Politik aktuell» im Anschluss an die Generalversammlung der SVP Oetwil a. S.

Montag, 25. März 2013, 20.00 Uhr, Alders Restaurant, Zürichstrasse 22, Aathal-Seegraben, Streitgespräch zu aktuellen politischen Themen mit Nationalrat Hans Fehr, SVP, und Nationalrätin Jacqueline Badran, SP. Veranstalterin: SVP Bezirk Hinwil.

Inserate

## Der Zürcher Bote

**print-ad kretz gmbh**

Tel. 044 924 20 70

Fax 044 924 20 79

[inserate@zuercher-bote.ch](mailto:inserate@zuercher-bote.ch)

# Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei

## NEIN zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei», damit der Gegenvorschlag gegen die Abzockerei sofort in Kraft treten kann.

Folgende SVP-Unternehmer haben ein Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei gegründet und suchen nach weiteren Unternehmern, die bereit sind, sich zugunsten der schnellen Umsetzung des Gegenvorschlags gegen die Abzockerei einzusetzen:

**CASPAR BAADER**, Nationalrat, Gelterkinden (BL) • **CHRISTOPH BLOCHER**, Nationalrat, Herrliberg (ZH) • **SYLVIA FLÜCKIGER**, Nationalrätin, Schöftland (AG) • **SEBASTIAN FREHNER**, Nationalrat, Basel (BS) • **PETER FÖHN**, Ständerat, Muotathal (SZ) • **ULRICH GIEZENDANNER**, Nationalrat, Rothrist (AG) • **HANS KAUFMANN**, Nationalrat, Wettswil (ZH) • **YVES NIDEGGER**, Nationalrat, Genf (GE) • **HANSJÖRG WALTER**, Nationalrat, Wängi (TG) • **JEAN-FRANÇOIS RIME**, Nationalrat, Bulle (FR) • **PETER SPUHLER**, Nationalrat, Weiningen (TG) • **GREGOR RUTZ**, Nationalrat, Küsnacht (ZH) • **THIS JENNY**, Ständerat, Netstal (GL)

Ja, ich trete dem Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei bei.

Name / Vorname: .....

Strasse: .....

PLZ / Ort / Kanton: .....

E-Mail: .....

Natel: .....

Funktion Unternehmen: .....

Bemerkungen: .....

Datum / Unterschrift: .....

Bitte baldmöglichst retournieren an:

Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei    Tel. 031 300 58 58  
Postfach 8252    Fax 031 300 58 59  
3001 Bern    [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch)